



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 48/22)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 48 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

ICH WÜNSCHE IHNEN EINEN BESINNLICHEN 2. ADVENT

Michael Kaufmann



PROF. DR.-ING. MICHAEL KAUFMANN, MdB
WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE



DIE WOCHEN IM BUNDESTAG



29. November 22

Vorweihnachtszeit auch im Bundestag:

Heute gibt's zur Fraktionssitzung der Alternative für Deutschland im Reichstag eine Stollenspende aus Pulsnitz in Sachsen.

Vielen Dank dafür!

PARLAMENTARISCHE SITZUNGSWOCHE

Mittwoch

Regierungsbefragung: Rede und Antwort steht Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger

- Thema: Die neu zu gründende Agentur DATI, die Gelder aus bislang direkt geflossenen Förderprogrammen poolt und dann erst auszahlt. Als Bindeglied zwischen den HAWs (früher Fachhochschulen) soll sie in den Regionen mit der Wirtschaft gezielt Ausgliederungen/Start-Ups fördern. Ein Schwerpunkt der Agentur soll hierbei vor allem auf sog. „Soziale Innovationen“ gelegt werden, was bedeutet, dass die massiv heterogenisierte Gesellschaft sozioökonomische Problemstellungen schafft, deren Lösungen wohl in der angewandten Wissenschaft angesiedelt und gesteuert werden sollen.
- Dies warf viele kritische Fragen auf, und auch dem Abgeordneten Prof. Michael Kaufmann musste die Ministerin eingestehen, dass im Haushalt schon Mittel eingestellt wurden, obwohl die finale Konzeption immer noch nicht feststeht.
- Immer wieder Thema : Das „Absacken“ des Bildungsniveaus, marode Schulen, Integrationsprobleme. Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hatte erst Mitte des Jahres festgestellt, dass 30% der Viertklässler mittlerweile das Mindestniveau in der Rechtschreibung nicht erreichen.
- Dr. Götz Frömming, AfD, zitierte den Nationalen Bildungsbericht auf Seite 80: Zweiunddreißig Prozent der jungen Menschen ab 19 Jahre mit Migrationshintergrund haben keinen Bildungsabschluss, während dies in der restl. Bevölkerung nur 8% sind.
- Als Antwort zählte Frau Ministerin Stark-Watzinger das „Startchancenprogramm“ und das „Gute-KITA-Gesetz“ auf, und sagte sinngemäß, dass wir kein Problem mit dem Zuzug von Ausländern haben, sondern mit zu wenig ausgebildeten Lehrkräften.

Allgemeine Fragestunde mit Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt

- Tobias Peterka, AfD: Warum wurde beim G7-Gipfel in Münster das Kreuz im Friedenssaal abgehängt? Dies sei bei der Umgestaltung des Raumes aus technischen Gründen geschehen, so die Staatsministerin.
- Auch für die Intervention des CDU-Abgeordneten war dieses Thema interessant: Er berichtete, dass durch das Auswärtige Amt z.B. die Beratungskommission mit Vertretern von Kirchen und Religionsgemeinschaften beendet wird, dass „Religions for Peace“ beendet wird, und dass das Referat 612 im AA „Religion und Außenpolitik“ in Zukunft auf Religionsvertreter verzichten wird. All diese Vorgänge würden darauf hindeuten, dass diese Regierung die Ansiedlung einer religiösen und spirituellen internationalen Verständigungs- und Koordinierungsstelle im AA nicht mehr als notwendig erachtet.
- Auf die Frage von Prof. Michael Kaufmann, warum das AA der Lieferung von Ausrüstung für Kampfflugzeuge und Munition nach Saudi-Arabien zustimmt, wurde ausweichend geantwortet: „Vorgängerregierungen“ hätten im Verbund mit europ. Partnern Kampfflugzeuge geliefert, und nun müssten entsprechend Munition und Ausrüstung nachgeliefert werden.
- Norbert Röttgen wollte wissen, ob die Iranischen Revolutionsgarden auf die Terrorliste kommen? Erneut folgte eine ausweichende Antwort: Die Terrorliste werde im EU-Kreis besprochen, dies benötige aber einen einstimmigen Beschluss. Sanktionen seien bereits verabschiedet und man überlege weitere Sanktionen, wie Ministerin Baerbock ja schon mehrfach in Reden im Plenum gefordert hätte.



Aktuelle Stunde auf Verlangen der Ampel-Koalition, Thema: China-Politik

- Die Beiträge der Ampel-Koalitionäre triefen vor Heuchelei angesichts der Verurteilung der aktuellen Corona-Restriktionen, die Auslöser von Massendemos und Gewalt in China sind.
- Jürgen Trittin, Bündnis90/DieGrünen: Null-Covid funktioniere nicht, weil zu wenige geimpft seien. Ferner sei die Immobilienblase geplatzt, Millionen Menschen hätten keine Wohnungen mehr, jede Menge Arbeitslose, gestörte Lieferketten, Zwangsarbeit in Fabriken. Sein Fazit: Man brauche eine neue Chinapolitik, die Globalisierung solle beendet werden, die Abhängigkeit von China ebenso. Diese „neuen“ Erkenntnisse hätten auch einer Rede des US-Präsidenten Biden entlehnt sein können.
- Jürgen Braun, AfD thematisierte darauf das „Angst-Papier“ des Innenministeriums vom April 2020 „Von Wuhan lernen“: Dort wurden Horrorszenerarien mit Millionen Todesopfern gezeichnet. Das von Otto Kölbl, einem erklärten „Fan“ von Mao Tse-tung, verfasste Papier war deutsche Staatsraison in der Vorgängerregierung unter Merkel gewesen. Null-Covid und Null Toleranz gegenüber Ungeimpften, wie in China, hatten auch die Grünen und die Merkel-Regierung gefordert. Die Polizei hatte in Deutschland mit brachialer Gewalt Gesetze und Verordnungen durchgesetzt, so dass sogar der UN-Sonderbeauftragte für Folter, Nils Melzer, Anfang 2022 die Zustände in Deutschland kritisiert hatte. Davon wollen die Verantwortlichen heute nichts mehr wissen.

Antrag der Ampel-Koalition unter Beteiligung der CDU/CSU: Holodomor in der Ukraine (20/4681)

- Mit diesem Antrag konnte Russland, zwar anlasslos, aber ganz im Sinne der Russlandsanktionäre erneut getadelt werden.
- Das tatsächlich grausame Vorgehen der Stalin-Schergen in den Jahren 1932/33 gegen selbständige Bauern in der heutigen Ukraine wurde schließlich in der Abstimmung als Völkermord vom Bundestag anerkannt, AfD und Linke hatten sich enthalten.

AfD-Antrag 20/4036: Bewerbung Deutschlands um die Ausrichtung der kommenden Olympischen Winter- und Sommerspiele

- Der Antrag, Deutschland solle sich bei den kommenden Olympischen Winter- bzw. auch Sommerspielen um die Ausrichtung bewerben, da die Infrastruktur in großen Teilen vorhanden sei, wurde von der Ampel und der gesamten Opposition abgelehnt.

Donnerstag

Erhöhung der Erbschaftssteuer ab 2023 durch Neubewertung der Immobilienvermögen, wie es das Jahressteuergesetz vorsieht

- Durchschnittlich rechnet der Verband „Haus und Grund“ mit Steigerungen von 20 bis 30 Prozent bei den Bewertungen von Immobilien.
- Albrecht Glaser, AfD: Die Erbschaftssteuer war immer prekär, sie stelle eine legalisierte Enteignung dar.

Der Antrag der CDU/CSU „Keine Erbschaftsteuererhöhung durch die Hintertür“ (20/4674)

- Der Antrag fordert aufgrund der Neubewertung höhere Freibeträge.
- Albrecht Glaser fordert weitergehende Entlastung durch sofortige Anpassung der Wertgrenzen, aus denen sich die Tarifbelastung ergibt. Und aufgrund der beinahe galoppierenden Inflation eine Indexierung der Tarife.
- Der CDU-Antrag wurde von der Ampel zusammen mit den Linken abgelehnt, die AfD enthielt sich.

Ratifizierung des CETA-Abkommens

- Die „Scheindebatte“ zum Thema, deren 2. und 3. Lesung terminlich immer wieder verschoben wurde, endete in der namentlichen Abstimmung.
- Noch im Frühjahr hatten zwei NGOs und die Fraktion der Linken vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde eingereicht, mit der Begründung, dass der Verbraucherschutz wirtschaftlichen Interessen geopfert werden könnte und die private Schiedsgerichtsbarkeit in staatliche Entscheidungshoheit eingreifen könne. 2016 hatten bundesweite Demonstrationen gegen CETA die politische Entscheidung auf Eis gelegt. Die GRÜNEN standen damals an der Speerspitze des Widerstandes.
- Das Bundesverfassungsgericht hatte die Beschwerde abgewiesen, zunächst allerdings aus formalen Gründen.
- In der Debatte im Bundestag entlarvte Julia Klöckner, flammende CETA-Befürworterin, die nicht nachvollziehbare Wende in der Überzeugung der GRÜNEN.
- AfD und LINKE waren sich in der Abstimmung gegen den Rest einig: CETA darf so nicht verabschiedet werden, unsere Demokratien sind in Gefahr.



Zwei Anträge der AfD (20/4672, 20/4668): Massive Steuersenkungen für Familien mit Kindern & steuerliches Familiensplitting

- Hierbei sollen Kinderfreibeträge mit integriert werden und dasselbe solle für Alleinerziehende gelten.
- Kinder großziehen gilt in unserer Gesellschaft wieder als Armutsrisiko, seit 50 Jahren wächst auch aus diesen Gründen das Geburtendefizit.
- Die Anträge wurden unisono „verrissen“ und abgelehnt.

Anträge der AfD: „Einrichtungsbezogene Impfpflicht abschaffen 20/1507“ und „Impfnebenwirkungen aufklären und ernstnehmen 20/2567“

- Diese beiden wichtigen Anträge der AfD konnten nicht einmal öffentliche Aufmerksamkeit erlangen, denn sie wurden ohne Debatte abgewiesen.

Aktuelle Stunde auf Verlangen der CDU/CSU: Debatte zu den Plänen der Bundesregierung auf erleichterte Einbürgerung

- Vor Kurzem wurde die von Michael Kaufmann anlässlich der neuen Migrationskrise in Deutschland an die Bundesregierung gestellte Frage, ob es Studien über die Aufnahmegrenzen Deutschlands gebe, mit einem Achselzucken von der Bundesregierung beantwortet.
- Allen dramatischen Entwicklungen zum Trotz will die Bundesregierung nun den deutschen Pass noch schneller und mit herabgesetzten sprachlichen Hürden vergeben. Außerdem sollen mehrfache Staatsbürgerschaften akzeptiert werden.
- Dr. Gottfried Curio, AfD: Die ganzen Probleme der Zuwanderer wie erhöhte Kriminalität, überproportionaler Anteil an Sozialhilfe, Bildungsprobleme, all das will die Bundesregierung einfach per Handstreich in die deutsche Gesellschaft eingemeinden. (Man gehe in diesem Bericht kurz zurück zum Anfang bei der Befragung der Bildungsministerin. Götz Frömming hatte auf die Probleme der Migranten für das Bildungssystem hingewiesen, dieses wird nun aus der Statistik mehr und mehr verschwinden).
- Der deutsche Pass wird verramscht. Zitat Bertolt Brecht: Wäre es nicht einfacher, man löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Änderung Art 82 Grundgesetz

- Art 82 des Grundgesetzes wurde mit 2/3 Mehrheit des Bundestages mit Zustimmung aller Fraktionen, mit Enthaltung der AfD geändert.
- Bundesgesetze und Verordnungen mussten bislang als verbindliche Papierfassung erfolgen, um amtliche Gültigkeit zu erlangen. Nun reicht die Verkündung auf einer digitalen Plattform des Bundes.

Gesetz zur Beschleunigung des Braunkohleausstiegs im Rheinischen Revier (20/4300)

- Mit der Mehrheit der Koalition gegen AfD und Linke in der namentlichen Abstimmung genehmigte der Bundestag dieses Gesetz.
- Damit wird das Ende der Braunkohleverstromung im Rheinischen Revier unter Leistung von Entschädigungen an die Betreiber schon bis 2030, anstatt bis 2038 erfolgen.
- Karsten Hilse, AfD: Noch am 31.01.2019 hatte der heutige Finanzminister Lindner den Kohleausstieg als direkten Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und als Planwirtschaft und Bürokratismus gerügt. Heute kümmert ihn eine solche Aussage anscheinend nicht mehr.

Verabschiedung „Chancen-Aufenthaltsrecht“

- Das in erster Lesung von der „roten“ Ampel-Koalition eingebrachte, heftig diskutierte Gesetz wurde nun in zweiter und dritter Lesung in namentlicher Abstimmung gegen AfD und CDU/CSU verabschiedet, die LINKE enthielt sich.
- Dieses Gesetz sieht vor, illegalen Ausländern nach 5 Jahren der Duldung ein Bleiberecht zu ermöglichen.
- In der ersten Debatte hatte ein fraktionsloser Abgeordneter so treffend formuliert: Das wäre, als wenn ein Schaffner im Zug auf einen Schwarzfahrer trifft und diesen dann legal weiterfahren lässt, weil er nun doch so lange schon schwarzgefahren sei.

Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren (20/4327)

- Gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschloss das Parlament dieses von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Gesetz in geänderter Fassung.
- In aktuellen Befragungen hatten sich bereits 2/3 der Bevölkerung gegen eine solche Politik ausgesprochen.

Das sogenannte „Jahressteuergesetz 2022“

- Das bereits oben beim Thema Erbschaftsteuer erwähnte Gesetz enthält Änderungen in vielen Bereichen.



- Positiv zu bewerten ist sicherlich die Anhebung des Sparerpauschbetrages (von 801 auf 1.000 für alleinstehende bzw. 1.602 auf 2.000 für Ehegatten), des Arbeitnehmerpauschbetrages um 30 € auf 1.230, der Grundrentenzuschlag, Änderungen zur Gebäude-Afa, Ausbildungsfreibetrag sowie Regelungen zum häuslichen Arbeitszimmer.
- Jörn König: Ein absoluter Tiefpunkt in der Geschichte ist, dass die 39 Änderungsvorlagen erst kurz vor der abschließenden Ausschusssitzung vorlagen, ein Antrag sogar erst 2 Minuten vor Sitzungsbeginn. Die Ampel nimmt nun den Landwirten die Möglichkeit, mehr zu verdienen durch Auslaufen der sog. Tarifglättung nach §32c, ohne jegliche Ersatzlösung.
- Der Skandal: Es gibt eine neue Steuer, den sog. EU-Energiekrisenbeitrag. Das ist die Übergewinnsteuer für Öl-, Gas- und Braunkohle in einer Tarnkappe, die LINKE hatte im September genau das gefordert und war krachend gescheitert.
- Die von der AfD beantragte namentliche Abstimmung zu diesem Einzelpunkt ging zugunsten des Gesetzesvorhabens aus, daher enthielt sich die AfD schließlich bei der Gesamtabstimmung zum Jahressteuergesetz 2022.

Freitag

Aktuelle Stunde auf Antrag der AfD, Thema: Radikalisierung der Klimaproteste

- Martin Hess, im bürgerlichen Leben Polizeihauptkommissar und Dozent an der Hochschule für Polizei in Baden Württemberg: Die Demokratie sei in Gefahr. Er warnte vor einer Klima-RAF und forderte harte Strafen gegen die selbsternannten „Klima-Aktivisten“ (Beispielsweise habe ein Vertreter der „Letzte Generation“ zum Tod der in Berlin überfahrenen Fahrradfahrerin aufgrund der Verspätung des Rettungswagens nur „shit happens“ geäußert).
- Alle anderen Fraktionen konnten hier nur wieder den Teufel an die Wand malen:
- Julia Verlinden von den GRÜNEN berief sich etwa auf „Umweltwissenschaftler:innen“, die bei nur 3 Grad Klimaerwärmung den Weltuntergang heranziehen sehen.
- Fazit der Woche: Der Wahnsinn des rot-grünen gesellschaftlichen Umbaus geht verdeckt oder offensichtlich und ohne Zustimmung der Regierten und Leidtragenden weiter.

BÜRGERMOBIL VOR ORT



HERMSDORF
Am Brückencenter
10 - 12 Uhr



BAD KLOSTERLAUSNITZ
Am Rathaus
12:30 - 14:30 Uhr



EISENBERG STADTHALLE
VERANSTALTUNG MIT IHREN ABGEORDNETEN:
Michael Kaufmann MdB & Stephan Brandner MdB
Ab 19 Uhr



RUDOLSTADT
Nähe Amtsgericht
10 - 12 Uhr



PÖBNECK
Breite Straße
9 - 11 Uhr



SCHLEIZ
Neumarkt
Michael Kaufmann MdB
Uwe Thrum MdL
13 - 14 Uhr



Infostände im Wahlkreis 195
mit Prof. Michael Kaufmann MdB

30. November 22

Bürgermobil vor Ort:

In der kommenden Woche werde ich wieder im Wahlkreis auf einer Kurztour für Sie unterwegs sein. Die Termine finden Sie links. Pünktlich dazu gibt es die neue „Kaufmann Aktuell“ frisch aus dem Druck. Thema meiner Zeitung wird unter anderem „5 Krisen - 5 Lösungen“ sein.

KOMMENDE TERMINE:

FÜR SIE VOR ORT:



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P.: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

